

KAROLIN SCHWARZ

HASS KRIEGER

DER NEUE GLOBALE
RECHTSEXTREMISMUS

HERDER

Karolin Schwarz
HASSKRIEGER
Der neue globale
Rechtsextremismus

HERDER 
FREIBURG · BASEL · WIEN

Der Lesbarkeit halber verzichtet die Autorin im Buch durchgehend auf gendergerechte Suffixe. Gemeint ist aber – wenn nicht dezidiert anders angegeben – stets die gesamte Gruppe, unabhängig vom Geschlecht.

*Die Autorin bezieht sich an einigen Stellen auf Correctiv als Quellenangabe.
Für dieses erste investigative, unabhängige und gemeinnützige
Recherchezentrum im deutschsprachigen Raum ist die Autorin früher selbst als
Faktencheckerin tätig gewesen.*

Verlag Herder GmbH, Freiburg im Breisgau 2020
Alle Rechte vorbehalten
www.herder.de

Umschlaggestaltung: Verlag Herder, Freiburg
Umschlagmotiv: © Who is Danny / shutterstock

ISBN (E-Book): 978-3-451-82001-4
ISBN (Buch): 978-3-451-39670-0

INHALT

VORWORT

I. GESCHICHTE DES RECHTSRADIKALISMUS IM INTERNET

Mailbox und Usenet

Rechtsradikale Websites

Rechtsradikale Onlineshops und autonome
Infrastruktur

Foren und frühe Social-Media-Plattformen

Die Anfänge von YouTube, Facebook und
Co.

II. DIE AKTEURE

Rechtsaußen-Parteien

Rechtsradikale Vereine und Gruppierungen

Influencer

III. ANGST, HASS UND UNTERGANG NACH ANLEITUNG

Die Spielanleitungen der Rechten

Es geht nicht ohne Feindbilder und Opferstatus

Emotionalisieren und Umdeuten um jeden Preis

Desinformation als Strategie

»Alternativmedien«: Das große Raunen

IV. TECHNIK

Social-Media-Plattformen

Spielerplattformen und Online-Games

Wie Rechtsradikale ihre Aktivitäten finanzieren

Dark Social

Alternative Plattformen und Alt-Tech

V. TERROR

Wie sich rechte Terroristen im Netz radikalieren

Vorbereitung und Inszenierung der Tat

Reaktionen im rechten Spektrum

VI. WAS TUN?

Politik und Justiz

Internetkonzerne

Medien

Zivilgesellschaft

DANK

GLOSSAR

ÜBER DIE AUTORIN

VORWORT

Im März 2019 tötete ein australischer Rechtsterrorist im neuseeländischen Christchurch bei einem Anschlag auf zwei Moscheen 51 Menschen. Seinen Terrorakt übertrug er live auf Facebook. Zur Erklärung hinterließ er ein Dokument mit Fragen und Antworten, vieles ist irreführend, einige »Insiderwitze« erscheinen angesichts dieser Tat noch grotesker, als sie ohnehin schon sind. Seitdem haben sich Menschen zu regelrechten Fangemeinden zusammengeschlossen, die den Täter als Helden verehren.

Bereits kurz nach dem Anschlag versuchten Nachahmer, es ihm gleichzutun. Nur einen Monat später eröffnete ein 19-Jähriger in einer kalifornischen Synagoge das Feuer. Er tötete eine Frau, verletzte drei weitere Personen. Dass nicht noch mehr Menschen starben, war reines Glück. Auch er wollte seine Taten live übertragen, scheiterte aber letztendlich. Auch er veröffentlichte ein Dokument im Stil des Terroristen von Christchurch.

Im Juni 2019 starb der hessische Regierungspräsident Walter Lübcke durch einen Kopfschuss. Lübcke hatte sich für die Aufnahme von Flüchtlingen eingesetzt und war der Hetze gegen sie öffentlich entgegengetreten. Im August 2019 tötete ein Rechtsextremer 22 Menschen im texanischen El Paso. Er hatte es offenbar gezielt auf Mexikaner abgesehen. Am 9. Oktober erschoss ein 27-Jähriger in Halle zwei Menschen, als er einen antisemitisch und rassistisch motivierten Anschlag verübte. Als ich mit der Arbeit an diesem Buch begann, lagen diese drei Taten noch in der Zukunft.

Bereits vor den Morden in Neuseeland gab es auf der ganzen Welt rechtsterroristische Anschläge von überwiegend jungen Männern. Sie töteten Muslime, Juden, People of Color, Politiker. Auch der 18-Jährige, der im Juli 2016 neun Menschen im und um das Münchner Olympia-Einkaufszentrum erschoss, war getrieben von seiner rechtsextremen Ideologie. Er wollte Menschen erschießen, die er nach ihrem Erscheinungsbild auswählte. Die meisten rechten Terroristen vernetzten sich vor ihren Taten über das Internet mit Gleichgesinnten und gaben an, von Anders Breivik inspiriert worden zu sein. Der norwegische Rechtsterrorist tötete 2011 in Oslo insgesamt 77 Menschen. Auch er veröffentlichte vor seiner Tat ein Pamphlet.

Rechte und Rechtsradikale treffen sich schon längst nicht mehr nur bei konspirativen Treffen, Konzerten oder Demonstrationen. Sie treten im Internet ganz offen auf und schließen lose Bündnisse über nationale Grenzen hinweg. Sie alle nutzen ähnliche Methoden, setzen auf Guerilla-Aktionen und haben ihr Marketing im Netz längst perfektioniert. Die Strategiepapiere radikaler Gruppierungen und Medien auf der ganzen Welt ähneln sich. Immer mehr setzen sie auf lockere Strukturen statt straff organisierte Gruppen. Sie lernen voneinander. Und sie sind anpassungsfähig: Wird ihnen der Zugang zu einer Plattform versperrt, ziehen sie weiter auf die nächste oder bauen sich eigene Online-Infrastrukturen auf. Menschenverachtenden Äußerungen und Hetze im digitalen Raum folgen schließlich immer häufiger auch Gewalttaten im Analogen.

Das Portfolio ihrer Aktivitäten im Internet wächst stetig. Neben »Alternativmedien« und Auftritten auf allen denkbaren Social-Media-Plattformen besitzen viele von ihnen auch das nötige technische Equipment, um sich beispielsweise live von Demonstrationen zu Wort zu melden. Rechte Parteien verfügen über größere eigene PR-

Abteilungen, sie produzieren Videos, die sie dann wiederum auf ihren eigenen Websites, auf YouTube und anderen Plattformen platzieren. Sie versuchen so, ihre Inhalte direkt zu ihren Anhängern zu bringen, ohne auf eine Berichterstattung in den etablierten Medien angewiesen zu sein. Ihre Nutzungsgewohnheiten passen sie dabei ihrem jeweiligen Ausspielweg an. In Chatgruppen und auf alternativen Plattformen ist ihre Rhetorik häufig noch deutlich radikaler als auf etablierten Plattformen wie Facebook, Twitter und YouTube, wo zumindest eine sichtbare, wenn auch immer wieder fehlerbehaftete Moderation erfolgt. Dieselben Politiker tragen ihr radikales Gedankengut aber auch in die Parlamente und Massenmedien. Islamfeindliche und antisemitische Verschwörungsmymen sind in der AfD ebenso zu finden wie bei US-Präsident Donald Trump, der österreichischen FPÖ und Ungarns Viktor Orbán.

Jahrelang konnten diese losen Netzwerke der Rechten im Internet wachsen, häufig wenig beachtet von Politik, Sicherheitsbehörden und Internetkonzernen. Nun versuchen sie alle, mal mehr, mal weniger träge, eine Art Operation am offenen Herzen durchzuführen, um dem globalen Rechtsradikalismus mitten in seinem Boom Einhalt zu gebieten. Zuletzt warnte der Verfassungsschutz im April 2019 in einer vertraulichen Analyse vor einer wachsenden Gewaltbereitschaft unter Deutschlands Rechtsextremen. Zunehmend würden sich, so die Analyse, Kleingruppen und Einzelakteure über das Internet vernetzen und radikalisieren. Ähnliche Erkenntnisse äußern britische und US-amerikanische Sicherheitsdienste über die Rechtsextremen in ihren Ländern.

Die Probleme sind so vielschichtig wie die dringend nötigen Lösungsansätze. So werden einige rechte Morde nach wie vor nicht als solche anerkannt. Über die Motivation hinter dem Anschlag auf das Münchner Olympia-Einkaufszentrum wurde über Jahre gestritten. Erst

mehr als eineinhalb Jahre nach der Tat stufte das Bundesamt für Justiz die Tat als rechtsextremistisch motiviert ein. Noch länger dauerte der Prozess beim bayerischen Innenministerium, das die Einordnung des Anschlags als rechtsextrem motiviert erst im Oktober 2019 vornahm. Lange Zeit wollte man die Tat einzig als Rache für Mobbing Erfahrungen des Täters erklären und blendete die klar belegte politische Komponente aus. In Polizei und Bundeswehr existieren rechtsextreme Netzwerke, die nur langsam aufgedeckt und oftmals nicht hinreichend untersucht und sanktioniert werden. Es fehlt an umfassender Aufklärung über diese Netzwerke, ebenso wie an einer Sensibilisierung, auch im Umgang mit Betroffenen rechtsextremer Gewalt. Präventionsprogramme im digitalen und analogen Raum erreichen längst nicht alle Menschen, die Gefahr laufen, rechtsextreme Weltbilder zu entwickeln und zu kultivieren. Viele Anhänger rechtsradikaler Ideologien wähen sich in einem Krieg. Einige von ihnen greifen schließlich auch zu den Waffen. Auch wenn nicht jeder Rechtsextreme Gewalt für die richtige Lösung hält: Sie propagieren und normalisieren aber entmenschlichende Ideologien und liefern den Nährboden für Gewalt und Terror.

Um rechtsradikale Agitation im digitalen Raum zu verstehen, lohnt ein Blick in die Vergangenheit. Seit den 1990er-Jahren lässt sich beobachten, wie Rechtsradikale sich alle möglichen neuen Technologien und Plattformen aneignen und zunutze machen. Mit dem Beginn der Ära der sozialen Medien stieg auch ihre Reichweite. Plötzlich ließen sich verschiedene Gesellschaftsschichten mit nur einer einzigen Facebook-Seite ansprechen. Heute lassen sich über die zahlreichen sozialen Medien rechtsradikale Botschaften ohne große Mühe an unterschiedliche Zielgruppen verteilen. Nicht nur im Wahlkampf alle vier bis fünf Jahre, sondern in jedem Jahr, in jeder einzelnen Woche, an jedem einzelnen Tag.

Das Spektrum der digitalen Handlungsfelder und Methoden Rechtsradikaler ist groß. Eine vollständige Darstellung im Rahmen dieses Buchs ist daher nicht möglich. Zumal sich die Situation auch ständig verändert: Einige Plattformen verlieren an Bedeutung, neue Plattformen gewinnen an Popularität, Regelungen werden korrigiert und auch innerhalb der globalen rechten Szene gibt es immer wieder neue Entwicklungen. Sie ist nicht als homogene Struktur zu verstehen. Immer mehr kommt es aber zu Kooperationen oder Zusammenschlüssen zu verschiedenen Anlässen. Die Demonstrationen nach dem tödlichen Angriff auf einen Chemnitzer im August 2018 sind ein Beispiel für einen solchen ideologischen Schulterchluss. Dort hatten Vertreter von Pegida, der AfD und der rechtsradikalen Bürgerbewegung Pro Chemnitz zu Demonstrationen aufgerufen. Auch wenn sie zum Teil unterschiedliche Ziele verfolgen, gibt es hinreichend Gemeinsamkeiten. Als ideologischer Kleister dient dabei fast immer ihre Islamfeindlichkeit, aber auch Antifeminismus, Rassismus und mal mehr, mal weniger offen formulierter Antisemitismus.

Auch wenn vor allem der digitale Raum ständigen Veränderungen und Erneuerungen ausgesetzt ist: Es gibt Muster und Taktiken, die sich ständig wiederholen und nach Bedarf angepasst werden. Und keine Gruppierung beschränkt sich mit ihrer Präsenz auf nur eine einzelne Plattform. Das würde auch dem erklärten Ziel der meisten Rechtsradikalen widersprechen, sich selbst und ihre Aktionen möglichst breit sichtbar zu machen. Auf allen Kanälen schwören Akteure alter und neuer rechter Bewegungen ihre Anhänger auf die Zukunft und den Kampf gegen all jene ein, die sie verabscheuen. Dieses Buch ist daher als Momentaufnahme zu verstehen, als Einblick in ein globales, rechtsradikales Ökosystem. Es soll Kontinuitäten und Entwicklungen rechtsradikaler Agitation und Gewalt beleuchten, die sich aus ihren digitalen

Präsenzen ableiten lassen. Denn nur wenn die demokratische Gesellschaft versteht, wie Stimmungsmache, Rekrutierung und Radikalisierung in digitalen Räumen funktionieren, kann sie eine geeignete Antwort darauf finden.

I.

GESCHICHTE DES RECHTSRADIKALISMUS IM INTERNET

Im Jahr 1998 warnte der deutsche Verfassungsschutz vor der Zunahme rechtsextremer Websites. Laut dem Inlandsnachrichtendienst lag die Zahl damals bei 320. Weltweit. Heute vermag wahrscheinlich niemand mehr die Anzahl rechtsradikaler Websites, Social-Media-Profile und sonstiger Online-Angebote weltweit zu schätzen. Um den Erfolg rechtsradikaler Akteure und Gruppen und ihr Agieren im Internet heute nachvollziehen zu können, ist der Blick zurück hilfreich. In den letzten 20 Jahren sind etliche Kontinuitäten auszumachen, die bis heute bestehen. Nicht zuletzt galt schon in den frühen Tagen des Internets: Je mehr Menschen Zugang zum Netz erhielten, desto mehr rechtsradikale Gruppierungen waren dort zu finden. Das Spektrum reichte von Parteien, Vereinen, einzelnen Geschichtsrevisionisten über Neonazi-Skinheads bis hin zu allen möglichen denkbaren Akteuren, wie YouTube-Stars aus der rechtsextremen und verschwörungsideologischen Szene. Und damals wie heute galt: Gibt es eine neue, populäre Technologie oder Plattform im Netz, werden Rechtsradikale sich diese anzueignen wissen.

Lange Zeit bezweifelten Rechtsextremismusforscher, dass das Internet großes Potenzial für die internationale Vernetzung unter Rechtsradikalen bieten könnte.¹ Als Begründung wurden oftmals der geringe Bildungsstand vieler Neonazis und Rechtsradikaler und ein Mangel an Sprachkenntnissen angeführt. Sie sollten allerdings schon bald eines Besseren belehrt werden. Für die interne Kommunikation der Rechten gewannen digitale Werkzeuge schon früh an Bedeutung. Genutzt wurde beispielsweise der Internet Relay Chat (IRC), ein Vorgänger heutiger Chatplattformen wie Slack und Discord. Geschlossene Foren etablierten sich in der Szene ebenso schnell. Später wurden sie dann abgelöst von geschlossenen Gruppen auf Plattformen wie Facebook oder Chatprogrammen wie WhatsApp und Telegram, die für die Nutzung am Smartphone optimiert sind. Heute gehören die sozialen

Medien in allen Ausspielungsformen in vielen verschiedenen rechtsradikalen Bewegungen und unter einzelnen Akteuren zum Alltag. Über sie werden die – losen – internationalen Netzwerke und Kontakte, die häufig überhaupt erst durch das Internet zustande kamen, aufgebaut und gepflegt. Das betrifft vor allem Rechtsradikale in europäischen Ländern, den USA, Kanada und Australien. Auch Brasiliens rechtsradikaler Präsident Jair Bolsonaro ist mit seinem WhatsApp-Wahlkampf voller erfundener Fakten zumindest Inspiration für Rechte in weiten Teilen der Welt.

Im Jahr 2002 befand der frühere Verfassungsschützer Wolfgang Cremer in einem Vortrag, dass die neu entstandenen virtuellen Beziehungen »geeignet sind – zumindest teilweise –, die durch Organisationsverbote verlorengegangenen Strukturen der rechtsextremistischen Szene zu ersetzen.«² Zwischen 1990 und 2000 wurden in Bund und Ländern verschiedene als rechtsextrem eingestufte Vereinigungen verboten. Darunter waren auch die »Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei« (Verbot 1995) und das international agierende Netzwerk »Blood and Honour« (Verbot 2000). Cremer leitete die Abteilung für Rechtsextremismus beim Verfassungsschutz in den Jahren 1996 bis 2004. In diesen Zeitraum fallen auch fünf Morde des Nationalsozialistischen Untergrundes. Möglich wurden diese unter anderem auch wegen Fehleinschätzungen der rechtsradikalen Szene durch den Verfassungsschutz.³ Mit seiner Beurteilung zur Bedeutung des Internets für die Entwicklung rechtsradikaler Strukturen sollte Cremer trotzdem recht behalten.

MAILBOX UND USENET

Rechtsradikale machten schon in den Kindertagen des Internets von den Möglichkeiten der digitalen Vernetzung

Gebrauch. Waren die Zugänge zum Internet zunächst vor allem in Universitäten vorhanden, boten schließlich Mailboxen einen Weg, außerhalb vom akademischen Umfeld Internettechnologien zu nutzen. Mailboxen waren ein meist privat von den technisch bewanderten Nutzern betriebenes Rechnersystem, das mit seiner recht einfachen Technik zur Kommunikation und zum Datenaustausch genutzt werden konnte. Derartige Netze wurden in den USA schon Anfang der 1980er-Jahre aufgebaut und unter anderem vom Ku-Klux-Klan betrieben. In Deutschland wurden über Mailboxen Anfang der 1990er-Jahre erste Vernetzungen unternommen, die damals nur von einer überschaubaren Menge von Nutzern abgerufen werden konnten. Die Jungen Nationaldemokraten, die Jugendorganisation der NPD, betrieben ab 1993 die Mailbox »Widerstand BBS«, wobei BBS für *Bulletin Board System* steht, die Technologie hinter den Mailboxen. Über das im gleichen Jahr ins Leben gerufene Mailbox-System »Thule-Netz« waren dann zunächst vier dieser Mailboxen miteinander verbunden. Diese autonom betriebenen Netzwerke bestanden meist aus einer Reihe von Computern, auf die sich Nutzer über das Telefon einwählen und dann auf die entsprechenden Inhalte der Mailboxen zugreifen konnten.

Auch Neonazi Christian Worch, damals noch Kader der 1995 verbotenen Partei Nationale Liste, mischte früh mit. Unter anderem waren die NPD, die Republikaner und die neurechte Wochenzeitung *Junge Freiheit* im »Thule-Netz« vertreten. Die Mailboxen dienten den verschiedenen rechten Akteuren zur Vernetzung untereinander. Über das »Thule-Netz« knüpften Rechtsradikale auch international Kontakte, etwa mit Gleichgesinnten in den Niederlanden und Norwegen. Nach einigem öffentlichen Aufruhr waren viele Inhalte des »Thule-Netzes« nur noch für registrierte Nutzer zugänglich, um einem möglichen Verbot vorzugreifen. Wer sich registrieren wollte, musste damals

Adresse und Telefonnummer angeben, eine Abschreckungsmaßnahme für diejenigen, die unerkannt im rechtsradikalen Spektrum recherchieren wollten. Um staatliche Überwachungsmaßnahmen zu umgehen, von denen damals unter anderem die Republikaner betroffen waren, wurden auch Tipps zur Nutzung von Verschlüsselungstechnologien ausgetauscht.⁴ Am Aufbau des »Thule-Netzes« soll auch der Verfassungsschutz beteiligt gewesen sein. Nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* wurde der V-Mann Kai Dalek vom bayerischen Verfassungsschutz monatlich mit 800 D-Mark finanziell beim Aufbau des Netzwerkes unterstützt.⁵ Dass Dalek V-Mann war, geht aus der Arbeit des NSU-Untersuchungsausschusses des Bayerischen Landtags hervor. Er soll zum Bekanntenkreis der NSU-Terroristen gehört haben. Ebenso war der Neonazi, ehemalige thüringische V-Mann und NSU-Helfer Tino Brandt regelmäßig Autor von Beiträgen im »Thule-Netz«. Der Brandenburger AfD-Chef Andreas Kalbitz wurde im »Thule-Netz« mindestens erwähnt. Dort schrieb jemand, er habe den »jungen Kameraden« Kalbitz bei einem »Grillfest nach buendischer Art« kennengelernt.⁶ Ab Mitte der 1990er-Jahre versuchten sich rechtsradikale Hacker auch in Angriffen auf die Infrastruktur politischer Gegner. Unter anderem versuchte ein Hacker im Jahr 1995, die linke Mailbox »Nadeshda« lahmzulegen, über die unter anderem Greenpeace und die Jusos kommunizierten.⁷

Im Jahr 1996 scheiterten die Betreiber des »Thule-Netzes« zunächst mit einem ersten Versuch, an das öffentliche Internet angeschlossen zu werden. Das Netz hatte damals nach Schätzungen der Sicherheitsbehörden etwa 250 Nutzer. Der Serviceprovider, der damals für den Anschluss an das Internet zuständig war, kappte den Zugang nach Hinweisen von Kunden auf die dort verbreiteten Inhalte. Wenig später war das »Thule-Netz« schließlich dennoch allen Internetnutzern weltweit

zugänglich. Aus dem privat betriebenen Netzwerk war eine Website geworden, die inzwischen allerdings nicht mehr existiert und unter den vielen rechtsradikalen Angeboten schnell an Bedeutung verlor.

Die Mailboxen dienten auch zur Steuerung rechtsradikaler Aktivisten. Die damals formulierten Strategien finden bis heute in sozialen Medien und den Kommentarspalten etablierter Medien Anwendung. In der Erlanger Mailbox »Widerstand BBS« formulierte jemand im Jahr 1997 folgenden Aufruf:

Also hinein in die Datennetze, sprecht Euch auf Euren Haeusern ab, erlernt die Rituale und dann forsch drauf los. Entwickelt eine Diskussionsstrategie, die vorerst darauf gerichtet sein muss, bekennende oder bekannte Antifa-Zecken und Schalom-Litaneischreiber madig zu machen. Wenn diese sich wehren, muessen wir auch schreien oder besser schreiben. Wir werden sie dadurch isolieren. Wir als scheinbar entschiedene Demokraten aus der rechten Mitte verstehen dann ueberhaupt nicht, warum die Antifas gegen uns die Keulen schwingen und zu uns so intolerant sind. Liberale Scheisserchen verteidigen uns, wenn wir nur geschickt genug argumentieren, fuer uns die Freiheit der Netze verteidigen. So ziehen wir sie und die lesende Mehrheit auf unsere Seite. Die Arbeit, die Antifas aus den Netzen zu ekeln, uebernehmen diese Toleranz-Trottel gerne für uns.

Eines ist besonders wichtig, bestaetigen wir uns gegenseitig mit kleinen Differenzen, es genuegen fuenf Aktive pro Forum und wir beherrschen inhaltlich Themenstellung und Diskussionsverlauf. Wenn's dann so weit ist, koennen wir die Katze aus dem Sack lassen, ueber Vertreibung, alliierten Bombenterror, Ueberfremdung etc. Diskussionen einleiten.⁸

Neben den Mailboxen nutzten Rechtsradikale zu Beginn der 1990er-Jahre auch das »Usenet«, ein eigenständiges, weltweites Online-Netzwerk, über das sich Gleichgesinnte und Interessierte in zahllosen Newsgroups zusammenfanden. Die Newsgroups funktionierten wie schwarze Bretter, an den Diskussionsforen in reiner Textform konnte grundsätzlich jeder teilnehmen. Deutsche Rechtsradikale folgten in ihrer Agitation im »Usenet« auch einer Strategie, die der US-Neonazi Milton Kleim im Jahr 1995 ins Netz gestellt hatte.⁹ Kleim, der der rechtsextremen Organisation »National Alliance« angehörte, war der Meinung, dass das »Usenet« Potenzial für die Verbreitung rechtsradikalen Gedankenguts bot, weil es zunächst weitestgehend unbehelligt von Strafverfolgungsbehörden geblieben war. Er rief dazu auf, die Inhalte auch außerhalb der einschlägigen Newsgroups (alt.politics.nationalism.white, alt.politics.white-power, alt.revolution.counter, alt.skinheads und alt.revisionism) zu verbreiten und diese so im politischen Mainstream zu verankern.

Die Online-Aktivisten sollten antisemitische Verschwörungsideologien verbreiten, wie zum Beispiel, dass die Medien unter der Kontrolle von Juden stünden und Firmen zur Abgabe einer Steuer zur Herstellung koscherer Nahrungsmittel gezwungen würden. Allerdings sollten sich die Rechtsradikalen immer am Thema der jeweiligen Gruppen orientieren, um eine Sperrung zu vermeiden. Über Bezugswege für rechtsradikale Schriften sollten sie in Waffengruppen aufklären. In einer Gruppe, die sich mit Funk und Radio beschäftigte, sollte der Programmplan des Radiosenders der »National Alliance« verbreitet werden. Offener Rassismus sei außerhalb der eigenen Gruppen zu vermeiden, ebenso wie unproduktive Debatten mit politischen Gegnern. Die könnten potenzielle Anhänger nur unnötig verwirren. Interessierte Neulinge sollten umgehend von rechten »Usenet«-Nutzern aufgenommen

und betreut werden. Kleim rief außerdem dazu auf, die eigenen Parolen und Themen immer und immer wieder zu wiederholen und – wegen der zu erwartenden Beobachtung durch Strafverfolgungsbehörden oder Organisationen wie der Anti-Defamation League (ADL) oder dem Simon Wiesenthal Center – auf das Befürworten illegaler Aktionen zu verzichten. Wenig überraschend: Tipps wie diese lassen sich so oder in ähnlicher Form auch in Strategiepapieren heutiger rechtsradikaler Gruppierungen finden.

RECHTSRADIKALE WEBSITES

Mit der Popularisierung des Internets zum Jahrtausendwechsel wurde es immer einfacher, selbst Websites zu erstellen. Damals boomten Serviceanbieter, die kostenlose Website-Baukästen und Domains gegen Werbeeinblendungen zur Verfügung stellten. Die vielfältigen neuen Möglichkeiten des World Wide Web nutzten auch zahlreiche Rechtsextreme. Waren es 1998 noch 320 Seiten mit rechtsextremen Inhalten, zählte Jugendschutz.net ein Jahr später schon 330 Websites, drei Jahre darauf gab es bereits etwa 1000. Seitdem ist die Zahl kontinuierlich gestiegen. Rechtswidrige Inhalte waren von Beginn an keine Seltenheit.

Viele Websites wurden auf Servern in den USA gespeichert. Dort ist beispielsweise die Leugnung des Holocausts kein Straftatbestand. Auf etwa 80 der 330 rechtsextremen Websites, die im Jahr 1999 am Netz waren, identifizierte der Verfassungsschutz Straftatbestände wie Aufrufe zur Gewalt, Volksverhetzung oder die Verbreitung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, etwa dem Hakenkreuz. Die Nutzung im Ausland ansässiger Serviceprovider schützte zwar nicht generell vor einer Strafverfolgung in Deutschland. Allerdings wurde die Identifikation der Seitenbetreiber auf diese Weise

erschwert oder unmöglich gemacht. Über Jahre wurde deshalb immer wieder über zwischenstaatliche Zusammenarbeit auf diesem Gebiet nachgedacht. Letztlich ist es aber weitestgehend bei der Praxis geblieben, dass deutsche Strafverfolgungsbehörden an Website-Betreiber und andere Dienstleister sowie Social-Media-Konzerne herantreten und die Löschung justiziabler Inhalte erbitten.

Während Rechtsradikale das Internet immer mehr für sich entdeckten, fehlte es bei einigen Providern zugleich am nötigen Problembewusstsein. Im Jahr 2000 konnte die Domain www.heil-hitler.de ohne Mühe beim Serviceanbieter Strato und der zuständigen deutschen Registrierungsstelle Denic registriert werden. Erst nach Medienberichten und der Ankündigung des Verfassungsschutzes, den Sachverhalt prüfen zu wollen, widerrief die Denic die Registrierung und löschte die Webadresse. Die Domain war im Namen eines Oberfeldwebels der Bundeswehr, der in Mecklenburg-Vorpommern stationiert war, beantragt worden. Vier Jahre später kassierte die Denic dann die Domain sieg-heil.de ein. Beide Adressen leiten heute auf eine Website des Vereins Zukunft und Erinnerung weiter, der dort unter anderem über die Verbrechen der Nationalsozialisten aufklärt.

Nach und nach ersetzte und ergänzte das Internet ältere rechtsradikale Infrastrukturen. So präsentierten sich auch die Nationalen Infotelefone Anfang der 2000er-Jahre mit eigenen Internetauftritten. Bei den Infotelefonen handelte es sich im Prinzip um Anrufbeantworter, die von den Betreibern mit Neuigkeiten für Rechtsradikale besprochen wurden. Ein relativ einfacher, aber effektiver Weg, allerlei Informationen, Spendenaufrufe und Ankündigungen für Demonstrationen an möglichst viele Leute zu verteilen. Nationale Infotelefone gab es unter anderem in Wiesbaden, Berlin, Mainz und einigen weiteren Regionen und Städten. Auf den Websites der Infotelefone wurden neben den

Telefonnummern auch die Abschriften der Telefonansagen archiviert.

Im Angebot vieler Websites waren neben verschiedenen Propagandaschriften vor allem auch Musik: menschenverachtende, rassistische, antiziganistische und antisemitische, zum Teil auch indizierte Titel. Sie wurden in Form von mp3-Dateien zur Verfügung gestellt, die der geneigte Rechtsradikale relativ problemlos herunterladen konnte, wenn er über einen geeigneten Internetanschluss verfügte. Musik sollte vor allem ein jugendliches Publikum, den potenziellen rechtsradikalen Nachwuchs ansprechen. Im Jahr 2004 scheiterten zunächst Rechtsextremisten aus dem Umfeld der Freien Kameradschaften und dann die NPD mit der Verteilung der sogenannten Schulhof-CDs. Die Tonträger mit einschlägiger Musik sollten zu Rekrutierungszwecken auf Schulhöfen verteilt werden. Im Fall der Freien Kameradschaften mündete der Versuch in einer Verbotsverfügung. Letztendlich wählten sie den einfacheren Weg: Sie stellen die Musikstücke als Download im Netz frei zur Verfügung. Nicht nur auf den Websites rechter Akteure, auch auf den damals beliebten - Filesharing-Diensten wurden entsprechende Titel angeboten. Die Aktion fand im sogenannten »Project Schoolyard« wenig später auch Nachahmer in den USA.

Im Internet riefen rechtsextreme Seitenbetreiber über sogenannte Anti-Antifa-Listen zu Gewalt gegen politische Feinde auf und verbreiteten zum Teil auch Anleitungen zum Bau von Bomben. Auf den Seiten der rechtsextremen Kameradschaft Gera zum Beispiel erschien im Jahr 2000 ein Steckbrief des damaligen IG-Metall-Jugendsekretärs. Die Kameradschaft selbst ließ verlautbaren, dass der Steckbrief nicht als Aufruf zu Gewalt verstanden werden sollte. Das Thüringer Oberlandesgericht untersagte die Veröffentlichung dennoch. Medienberichten zufolge weigerte sich die Polizei in Gera zunächst, die Anzeige des betroffenen Gewerkschafters aufzunehmen.¹⁰

Bis heute werden einzelne Personen angegriffen und ihre privaten Daten, wie Adressen und Telefonnummern, im Internet veröffentlicht. Damit sollen engagierte Politiker, Aktivisten, Journalisten und andere Menschen, die ins Visier der Rechtsradikalen geraten, eingeschüchtert und bedroht werden. Eine Distanzierung von Gewalt ist dabei nur als Versuch zu werten, sich im Falle einer Strafverfolgung auf diesen Hinweis zu berufen und damit selbst zu schützen. Solche Listen und Steckbriefe von Personen, die von Rechtsradikalen zu Feinden erklärt wurden, gab es früher schon, etwa in den Mailboxen. Auch vor der Popularisierung von Internettechnologien war die Veröffentlichung von Personendaten ein Mittel der Einschüchterung und Bedrohung. Weil sie aber nur in einschlägigen Magazinen abgedruckt werden konnten, war ihre Verbreitung deutlich eingeschränkter.

Im Übrigen wich man auch mit den Druckerzeugnissen schon auf Kontaktadressen und Druckereien im Ausland aus. Absender eines 1993 erschienenen Anti-Antifa-Pamphlets mit dem Titel »Der Einblick«, in dem über 200 Adressen und Autokennzeichen politischer Feinde aufgeführt waren, war beispielsweise eine Postfach-Adresse in Dänemark, die einem dänischen Neonazi zuzuordnen war. Enthalten waren Daten von Politikern, Journalisten, Gewerkschaftsfunktionären, aber auch ein Jugendzentrum, Buchhandlungen und Gaststätten. Auch in diesem Pamphlet erfolgte die wenig glaubwürdige Distanzierung von Gewalt: »Wir werden es hier tunlichst vermeiden, zur Gewalt im Sinne von Körperverletzungen, Tötungen usw. gegenüber unseren Gegnern aufzurufen. Jeder von uns muß selbst wissen, wie er mit den ihm hier zugänglich gemachten Daten umgeht. WIR HOFFEN NUR, IHR GEHT DAMIT UM!!!«¹¹ Zwei verantwortliche Herausgeber, zwei Mainzer Neonazis, konnten ermittelt werden. Sie wurden zu Freiheitsstrafen, einer mit und einer ohne Bewährung, verurteilt. Über das Nationale

Infotelefon Mainz wurde unter Angabe der dänischen Bezugsadresse ebenfalls zum Sammeln von Adressen linker Aktivisten aufgerufen. Auch der bayerische V-Mann Dalek soll an der Veröffentlichung des Pamphlets beteiligt gewesen sein.

Bereits in den 1980er-Jahren veröffentlichte der Neonazi Christian Worch eine Liste mit mehr als 40 Namen von Beamten, Richtern, Schöffen und anderen Personen, mit denen er im Zusammenhang mit einer Haftstrafe zu tun hatte. Er antizipierte, dass die Liste als Feindesliste verstanden werden würde, und distanzierte sich vorsichtshalber mit den Worten: »Es ist nur eine Dokumentation.«¹² Beim früheren niedersächsischen Vorsitzenden der inzwischen verbotenen Freiheitlichen Deutschen Arbeiterpartei, dem Österreicher Karl Polacek, wurde Anfang der 1990er-Jahre eine Diskette mit Namen von mehreren hundert »Feinden« gefunden. Der Kampf gegen gemeinsame Gegner einte schon damals verschiedene rechtsradikale Akteure und Gruppen.

In den späten 1990er- und frühen 2000er-Jahren waren die sogenannten Webringe populär. Die Idee bestand darin, thematisch verwandte Webseiten miteinander zu verlinken. Der Webring-Besucher erhielt den Blick auf mehrere Seiten zum gleichen Thema, ohne etwa eine Suchmaschine zu benutzen, die damals ohnehin noch nicht so sehr zum Alltag der Internetnutzer gehörte wie heute. Beim Durchklicken der verschiedenen Websites innerhalb eines Webringes konnte man außerdem immer wieder auf die Website zurückgehen, bei der man begonnen hatte. Auch Neonazis und Rechtsradikale gründeten solche Webringe. Sie dienten damals schon einer auch internationalen Vernetzung. In Linklisten wie skadi.net oder der-weisse-wolf.de konnten Seitenbetreiber ihre eigenen Seiten einfach eintragen lassen. Dementsprechend tauchten dort rechtsradikale und neonazistische Websites und Onlineshops aus allen möglichen Ländern Europas sowie

aus den USA auf. Außerdem gab es Webring, die sich an bestimmte Personengruppen innerhalb des rechtsradikalen Spektrums, beispielsweise Frauen oder Anhänger des Ku-Klux-Klans, richteten. Insgesamt verfügten viele Websites über Linklisten, die zumindest auf Sympathien, oftmals aber auch auf Kontakte untereinander hinwiesen.

Die NPD war in den frühen Tagen des World Wide Web äußerst aktiv und unterhielt eine Vielzahl von Websites, die zum Teil eigens für kleinere Verbände oder zur Bewerbung von Demonstrationen erstellt worden waren. Außerdem gab es ein großes Angebot geschichtsrevisionistischer Seiten, die laut Jugendschutz.net eine Zeitlang bei Suchmaschinen sehr prominent und in Überzahl in den Suchergebnissen auftauchten. Wer damals nach Informationen zum Zweiten Weltkrieg und zum Holocaust suchte, landete schnell auf einer dieser Websites. Dazu gehörte beispielsweise auch die »Zündelsite«, die Website des damals in Kanada ansässigen deutschen Holocaustleugners Ernst Zündel.

Zu den wichtigsten Plattformen für deutsche Neonazis und Rechtsradikale gehörte lange Zeit der deutsche Ableger der »Altermedia«, einem ursprünglich in Frankreich gegründeten Online-Sammelbecken für Rechtsextreme. Die deutsche »Altermedia«-Seite ging 2003 ans Netz. Dort wurden neben eigens für die Seite geschriebenen Texten auch die Inhalte der rechtsradikalen Website stoertebeker.net und anderer Seiten übernommen. Jahrelang war die Seite eine wichtige Instanz für Rechtsradikale aus der Bundesrepublik, auch wenn dort nicht alle Gruppierungen vertreten waren und teilweise auch interne Streitereien offen ausgetragen wurden. Erst Anfang 2016 wurde »Altermedia« durch das Bundesinnenministerium verboten. Die Gerichtsurteile vom Februar 2018 sind inzwischen fast alle rechtskräftig, darunter auch die Haftstrafe gegen den Betreiber Ralph-Thomas K. Der Gründer der deutschen »Altermedia«, Axel